

Ausland

Tages-Anzeiger vom 14.09.2005

«Hauptproblem sind nicht die USA»

Der Uno-Reformgipfel, der heute Mittwoch beginnt, wird kaum halten, was man sich davon versprochen hat. Schuld daran sind nicht allein die USA, meint der Schweizer Botschafter Maurer.

Mit Peter Maurer sprach Walter Niederberge in New York

Der Jubiläumsgipfel der Uno hält nicht, was man sich davon versprochen hat. Weder für die Reform der Organisation noch für das Millenniumsprojekt liegen substantielle Vorschläge auf dem Tisch. Worauf führen Sie diese Blamage zurück?

Man kann sich heute fragen, ob es klug war, an einem solchen Gipfeltreffen grosse aussen- und entwicklungspolitische Fragen aufs Tapet zu bringen und zusätzlich eine tief greifende Uno-Reform anzuhängen. Das Vorhaben war gut gemeint, doch die heutigen Schwierigkeiten zeigen, dass wir nicht an allen Fronten gleichzeitig vorankommen und nach dem Gipfel weiter verhandeln müssen.

US-Botschafter John Bolton hat am ursprünglichen Reformdokument mehrere Hundert Korrekturen vorgeschlagen. Wie hilfreich war sein Vorgehen?

Das Hauptproblem sind nicht die USA. Die Amerikaner setzten sich stark für den Menschenrechtsrat, die Friedensbildungs-Kommission sowie die Management-Reform ein. In der Substanz gibt es somit keine riesigen Divergenzen zwischen den anderen Reformkräften und den USA. Die EU, die Schweiz und andere hofften nur, ein Gesamtpaket von politischen Neuerungen und institutionellen Reformen zu schnüren. Gemessen an unseren Erwartungen, ist das nicht gelungen.

Sind die USA also unschuldig?

Es ist legitim, wenn ein Land seine Bedenken anmeldet. Aber die Zahl der Einwände von Bolton und seine späte Intervention waren bestimmt nicht hilfreich. Vorher war niemand mit allen Vorschlägen sehr glücklich, aber alle schwiegen im Gesamtinteresse. Danach wurden reihum Lösungen in Frage gestellt, und die vom Vorsitzenden der Generalversammlung, Jean Ping, angestrebte Konsensbildung wurde abgebrochen.

Und das Schlussdokument für das Gipfeltreffen der über 170 Staats- und Regierungschefs: Ist es besser oder schlechter als vor Boltons Intervention?

Die USA haben das Dokument von Jean Ping grundsätzlich kritisiert und das herauszupicken versucht, was für sie wichtig ist. Gemessen an unseren Idealvorstellungen, ist es sicher kein besseres Dokument. John Boltons Poker ist aber nicht aufgegangen. Vielleicht ist das Ergebnis näher an der politischen Realität als der ursprüngliche Entwurf.

Die Schweiz verlangt einerseits umfassende Reformen bei der Uno, darunter einen in Genf angesiedelten Menschenrechtsrat. Andererseits will sie die Entwicklungshilfe nicht auf 0,7 Prozent des Inlandproduktes anheben. Werden Sie von Ihren Kollegen auf diese Diskrepanz angesprochen?

Eigentlich nicht – und zwar deshalb, weil die Schweiz, gemessen an der Quantität der

weltweiten Entwicklungshilfe, kaum ins Gewicht fällt. Zudem wird anerkannt, dass wir innovative und qualitativ hoch stehende Hilfe leisten. International ist der Ruf der Schweizer Entwicklungshilfe besser als zu Hause. In den Vereinten Nationen zählt, dass die Schweiz ihre Zusagen ziemlich gut einhält. Ich verstehe, dass Entwicklungshilfeorganisationen die Diskrepanz zu den Idealzielen betonen. Man sollte aber Versprechungen mit Versprechungen und Realitäten mit Realitäten vergleichen.

Welche Auswirkungen hatte die Breitseite, welche die Volcker-Kommission gegen die ihrer Ansicht nach auf allen Ebenen überforderte, inkompetente und korrupte Uno-Zentrale abfeuerte, auf die Vorbereitung des Gipfels?

Für viele Delegationen, die sich wie wir seit Jahren für umfassende Reformen einsetzen, war die Kritik keine grosse Überraschung. Das Grundübel liegt darin, dass die Uno gegründet wurde, um das Recht zu vereinheitlichen und internationale Angelegenheiten zu besprechen. Seit Beginn der 90er-Jahre muss sie aber operative Aktivitäten mit Milliardenbudgets übernehmen, für die sie weder von der Struktur her befähigt ist noch die richtigen Leute hat. Entsprechende Schwierigkeiten traten auf, als sie an die neuen Herausforderungen heranging.

Die fünf Vetomächte im Sicherheitsrat haben dieses Problem zwar erkannt, aber laut Volcker-Kommission nichts dagegen unternommen. Der Verdacht drängt sich auf, dass sie das geschwächte System der Uno zu ihren Gunsten ausgenützt haben.

Mich stört, dass als Folge des Volcker-Berichts gerade in der Uno der Finger fast nur auf die Managementprobleme der Uno gelegt und nicht anerkannt wurde, wie gross die politische Verantwortung der Vetomächte ist. Die Einsicht, dass die fünf ständigen Mitglieder ein ebenso grosses Problem darstellen, fehlt völlig.

Vom Ölschmuggel im Irak haben die USA direkt und gezielt profitiert, indem sie ihre Verbündeten in Syrien, Jordanien und Ägypten belohnen konnten.

Es ist nicht akzeptabel, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten, die der Sicherheitsrat durch seine Mandate und Resolutionen entfaltet, nach rein politischen Gesichtspunkten vergeben werden. Für den Sicherheitsrat müssen in Zukunft die banalsten Regeln der Ausschreibung, Überwachung und des Wettbewerbs gelten. Wir können nicht mehr länger hinnehmen, dass die fünf Vetoländer den Markt unter sich aufteilen und Aufträge nach machtpolitischen Überlegungen zuschanzen.

Russland und China sperren sich mit aller Kraft gegen mehr Transparenz und Kontrolle im Sicherheitsrat, was just die USA mit der Forderung nach einer Zentralisierung der Aufsicht in New York bezwecken. Wie soll hier eine Lösung möglich sein?

Mit einem feinen Austarieren der Forderung nach politischer Handlungsfreiheit, die es den fünf Vetomächten erlaubt, Frieden und Sicherheit auf der Welt zu garantieren, und dem Postulat nach mehr Fairness und Transparenz. Wo es aber nicht um Frieden und Sicherheit geht, braucht es anderen Regeln. Ob die fünf die Einsicht in diese Notwendigkeit haben, wage ich allerdings zu bezweifeln.

Was heisst das mit Bezug auf den Sicherheitsrat? Die Erweiterung ist auf Eis gelegt. Muss diese Reform noch einmal neu aufgegleist werden?

Für uns ist die Erweiterung nur ein Pfeiler der Reform. Die Schweiz hat deshalb weitere Vorschläge gemacht, wie die Arbeitsweise des Rates sowie seine Aufsicht über Sanktionen und humanitäre Programme gestärkt werden können. Der Volcker-Bericht hat uns in diesen Forderungen vollkommen bestätigt. Deshalb arbeiten wir energisch darauf hin.

